

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 1204 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 88 846 pbbn d

Inhalt

Dr. Hans de With MdB,
Parl. Staatssekretär beim
Bundesminister der Justiz,
begrüßt die bevorstehende
Reform des Verwaltungs-
prozeßrechts.

Seite 1/2

Hans Urbaniak MdB, Mit-
glied im Bundestagsaus-
schuß für Arbeit und So-
zialordnung und stellv.
Bundesvorsitzender der
Arbeitsgemeinschaft für
Arbeitnehmerfragen (AfA)
in der SPD, warnt vor wei-
teren Einsparungen im so-
zialen Bereich.

Seite 3

Günther Jansen, SPD-Lan-
desvorsitzender in Schles-
wig-Holstein, fordert sei-
ne Partei auf, über ihr
bisheriges Randgruppen-
verständnis neu nachzuden-
ken.

Seite 4-6

37. Jahrgang / 89

11. Mai 1982

Weitgehende Einigkeit zwischen Bund und Ländern

Die Reform des Verwaltungsprozeßrechts kommt voran

Von Dr. Hans de With MdB
Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der
Justiz

Beinahe unbemerkt von der Öffentlichkeit hat der Bundes-
rat am 30. April 1982 zu dem von der Bundesregierung vor-
gelegten Entwurf einer Verwaltungsprozeßordnung Stellung
genommen. Dabei hat sich gezeigt, daß zwischen Bund und
Ländern erfreulicherweise weitgehend Einigkeit besteht.
Der Entwurf, der nunmehr dem Deutschen Bundestag zugelei-
tet wird, bringt eine Neuordnung des Verwaltungsprozeß-
rechts, die den Namen "Reform" verdient und den Erforder-
nissen unserer Zeit Rechnung trägt.

Die wachsende Normenflut wird nicht nur in Sonntagsreden
zunehmend beklagt. Sie verunsichert den Bürger. Sie muß
als eine der Ursachen für eine gewisse Staatsverdrossen-
heit angesehen werden. Der in Rede stehende Entwurf will
dem entgegenwirken: Er bereinigt das Prozeßrecht und ver-
ringert die Zahl der geltenden Vorschriften erheblich. An
die Stelle von etwa 650 Gesetzesnormen treten 190 Vor-
schriften der neuen einheitlichen Verwaltungsprozeßordnung.
Fünf Bundesgesetze werden aufgehoben, nämlich die Verwal-
tungsgerichtsordnung, die Finanzgerichtsordnung, das
Sozialgerichtsgesetz sowie die Entlastungsgesetze für die
Verwaltungs- und Finanzgerichtsbarkeit und für den Bundes-
finanzhof. An die Stelle von Spezialnormen treten allge-
mein geltende Vorschriften. Dadurch wird das Recht über-
sichtlicher und für den Bürger einsichtiger.

Viele gerichtliche Verfahren dauern zu lange. Die Gerichte
können dem Anspruch des Bürgers, in angemessener Frist
abschließend zu erfahren, was in seiner Sache rechtens ist,
vielfach nicht mehr gerecht werden. Das wird besonders in
den Rechtsstreitigkeiten beklagt, in denen es um den



Rechtsschutz des Bürgers gegen Akte der öffentlichen Gewalt geht. Der Hauptgrund für die lange Verfahrensdauer ist die zunehmende Belastung der Gerichte, die auch durch eine entsprechende Vermehrung der Richterstellen letztlich nicht ausgeglichen werden kann.

Der Entwurf der Verwaltungsprozeßordnung will auch hier helfen. Er wird die Verfahren beschleunigen, ohne den Rechtsschutz zu beeinträchtigen. Die Gerichte werden in die Lage versetzt, einfachere Fälle mit geringerem Aufwand zu erledigen, damit mehr Arbeitskraft für solche Streitsachen zur Verfügung steht, die sie wirklich erfordern. Über Fälle, die keine besonderen Schwierigkeiten aufweisen, soll beim Verwaltungs- und beim Finanzgericht ein Richter anstelle des mit drei Richtern und zwei ehrenamtlichen Richtern besetzten Spruchkörpers entscheiden können. Zur Entlastung der Richter soll der Rechtspfleger auch in den öffentlich-rechtlichen Gerichtszweigen tätig werden. Die Berufung gegen erstinstanzliche Urteile soll in der Verwaltungs- und Sozialgerichtsbarkeit nur gegeben sein, wenn das erstinstanzliche Gericht sie zuläßt, weil die Sache schwierig ist und eine Überprüfung in einer zweiten Tatsacheninstanz notwendig erscheint. Bei Nichtzulassung der Berufung kann sich der Bürger mit einer Beschwerde an das Berufungsgericht wenden. Eine nachhaltige Entlastung des Bundesfinanzhofs, bei dem die Verfahren besonders lange dauern, wird durch die Abschaffung der Streitwertrevision bewirkt. Die Revision wird danach, wie in anderen Gerichtszweigen auch, auf die Fälle beschränkt, in denen eine grundsätzlich bedeutsame Streitfrage zu entscheiden ist. Zahlreiche weitere Vorschriften werden die Verfahren beschleunigen und Kosten sparen. Das gilt zum Beispiel für Regelungen über eine erleichterte Abwicklung von Massenverfahren, welche die Verwaltungsgerichtsbarkeit in letzter Zeit besonders belastet haben.

Bleibt nur noch zu hoffen, daß der Bundestag das Gesetz, dessen sorgfältige Vorbereitung mehr als zehn Jahre in Anspruch genommen hat, möglichst bald verabschiedet.

(-/11.5.1982/ks/hgs)

+ + +



Keine weiteren Kürzungen möglich
-----**Am sozialen Netz kann nicht weiter gespart werden**

Von Hans Urbanjak MdB

Mitglied im Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung des Deutschen Bundestages

Wie wichtig das Beschäftigungspaket, die Gemeinschaftsinitiative der Koalition für Arbeitsplätze, Wachstum und Stabilität ist, haben die neuen Arbeitsmarktzahlen wiederum mit aller Deutlichkeit unterstrichen. Die bisherige Weigerung der Union, die Finanzierungsregelung mitzutragen, ist reine Blockadetaktik. Die Verweise auf die angebliche Alternative von Einsparmöglichkeiten im sozialen Netz sind unzumutbar. Ohne Schnitte in die Substanz ist nichts mehr zu holen. Vordergründig harmlose Beispiele sind tatsächlich gefährlich. Der CDU-Ministerpräsident Gerhard Stoltenberg hat erst jüngst wieder vorgeschlagen, für Arbeitslose die Rentenbeiträge nach der Höhe des Arbeitslosengeldes beziehungsweise der Arbeitslosenhilfe zu zahlen, also nicht mehr nach dem zugrundeliegenden Bruttolohn zu bemessen.

Dieser Vorschlag ist nicht neu, er wurde von der Union schon bei den Beratungen des Arbeitsförderungskonsolidierungsgesetzes eingebracht. Die Koalition hat diesen Angriff auf die Substanz erst vor wenigen Monaten abgewehrt. Natürlich würde so etwas Geld sparen, nach überschlägigen Berechnungen würden die Kassen der Bundesanstalt für Arbeit um mehr als zwei Milliarden DM entlastet, aber: diejenigen, die heute arbeitslos sind, müßten später die Zeche bezahlen, denn die Renten bemessen sich nach den Beiträgen. Wenn weniger eingezahlt wird, ist die Rente später entsprechend niedriger.

Dabei handelt es sich keinesfalls um Pfennigbeträge. Die Union kalkuliert dabei offenbar den politischen "Vorteil" ein, daß die Betroffenen zunächst einmal nichts merken. Denn erst wenn die Renten ausgezahlt werden, wird's spürbar. Für die Rentenversicherungsträger ist der Unionsvorschlag nur über die lange Frist gerechnet kostenneutral, zunächst aber würde Geld in der Kasse fehlen. Denn wenn jetzt niedrigere Beiträge bezahlt würden, nützt es nichts, daß irgendwann später niedrigere Rentenausgaben anfallen. Würde man dem Unionsvorschlag folgen, wäre eine neue Rentendebatte vorprogrammiert - für die Union sicher ein schon kalkulierter zusätzlicher politisch-taktischer Vorteil.

Der Unionsvorschlag ist als Einstieg gedacht, weitere Schritte wären zwangsläufig fällig. Man kann Bezieher von Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe nicht schlechterstellen als diejenigen Arbeitslosen, die überhaupt keine Leistungen von der Bundesanstalt für Arbeit erhalten. Die Bewertung der sogenannten Ausfallzeiten müßte also "angepaßt" werden. Im Klartext heißt das, sie müßten entsprechend reduziert werden. Auch hinsichtlich der Arbeitsunfähigkeitszeiten wäre "nachzubessern", also auch die Krankenversicherungsträger hätten Beitragsausfälle zu verkraften. Schließlich und endlich müßte man auch noch an die Ausbildungszeiten denken. - Was die CDU/CSU auch jetzt wieder durchsetzen will, ist eine Konzentration des Anpassungsdrucks auf die Schwächeren in dieser Gesellschaft. Die SPD wird dafür sorgen, daß es dazu nicht kommt. Die Einsparmöglichkeiten im Haushalt der Bundesanstalt für Arbeit sind mit dem Arbeitsförderungskonsolidierungsgesetz ausgereizt. (-/11.5.1982/ks/hgs)

+ + +



SPD zwischen Volkspartei und Randgruppenvertretung

Die SPD Schleswig-Holstein diskutiert neue politische Leitsätze

Von Günther Jansen MdB

Landesvorsitzender der SPD in Schleswig-Holstein

Im schleswig-holsteinischen Landtag gab es unlängst einen kleinen Zwischenfall. Während die Abgeordneten im Plenum über Jugendarbeitslosigkeit debattierten, wurden sie von der Empore durch arbeitslose Jugendliche mit Flugblättern beworfen. Ein "Saaldfiener" stellte durch Hinausweisung der Jugendlichen den Inneren Frieden des Hohen Hauses wieder her. Drinnen wurde die Debatte fortgesetzt, gaben sich die Sprecher große Mühe, den Ernst der Lage zu betonen, mit Fachausdrücken - für deren Verständlichkeit man mindestens eine Steuerberatergehilfenprüfung abgelegt haben müsste - ihre wirtschaftspolitische Perspektive aufzuzeigen und im Übrigen die Schuld für die Misere im jeweils anderen politischen Lager festzubinden. Draußen auf dem Flur beantworteten die ausgewiesenen Jugendlichen Fragen eines Fernsehreporters nach ihrem Eindruck von der politischen Debatte fast gleichlautend mit "Die reden immer nur." - Oder: "Vielleicht geben die sich immerhin Mühe uns zu helfen, aber sie können nicht." - Und: "Ich habe die nicht verstanden."

Mit "die" sind "die Politiker" gemeint, und in diesem Fall - wie in letzter Zeit immer häufiger - klingen die Begriffe Politiker oder Parlamentarier wie die Bezeichnungen für eine Art "außerirdischer Leute". Eine Gruppe also, deren Probleme nicht von dieser Welt sind und deren Sprache und deren Rituale fremd bis absurd wirken müssen auf Menschen, die von Zukunfts- und Existenzängsten bedroht, die wohlgeordneten, für die Zeitungen im Lande kunstvoll formulierten Reden im eingeübten parlamentarischen Ablauf erleben.

Wie soll wohl auch ein Jugendlicher, resigniert durch viele Anläufe, eine Lehrstelle oder einen Arbeitsplatz zu bekommen, abgestumpft durch eine desinteressierte Umwelt, zur Karteikarte beim Arbeitsamt gemacht und durch Nachrichten über die allgemeine Wirtschaftslage nicht gerade ermutigt sich mit Menschen identifizieren, die von sicherem Boden eines überdurchschnittlichen und für mehrere Jahre abgesicherten Diäten-Einkommens sich in so ausgesuchtem Mobiliar mit einer an anderen Arbeitsplätzen nicht gewohnten Vornehmheit und immer des öffentlichen Interesses gewiß über das Problem Jugendarbeitslosigkeit reden. Das womöglich echte Engagement muß einem solchen Jugendlichen falsch vorkommen. Oder zumindest schleierhaft: Er kann damit nichts anfangen.

Das Beispiel ist übertragbar. Der Lehrer in der Schule, die Krankenschwester im Krankenhaus oder der Sozialarbeiter im Jugendzentrum: sie alle haben mit Problemen zu tun, mit Mauern für ihr Engagement, von denen sie sich nur sehr schwer - meistens aber gar nicht - vorstellen können, daß Politiker irgendetwas Mandates zur Lösung ihrer Probleme beisteuern könnten. Weil sie zu oft zu wenig Gehör fanden für ihre Probleme. Weil sie zu oft erfahren haben, daß die Interessen des Kapitals - zum Beispiel von Auto-Konzernen, zum Beispiel von Energie-Konzernen, zum Beispiel von Chemie-Giganten, zum Beispiel von Waffenproduzenten - noch immer schneller und besser geregelt worden sind, als die Interessen der Menschen. Durch die Politik! Könnte dabei der Eindruck entstehen, daß sich in dieser Republik gut organisierte Randgruppen aus Wirtschaft und Politik die Macht teilen?

So reduzierte sich das Verhältnis vieler Bürger zur Politik auf die Sympathie oder Antipathie zu einzelnen Personen in der Politik und auf das Einsammeln der Reste des Kuchens die nach der Verteilung an die vorhergenannten Kapitalinteressen am Ende für bestimmte Gruppen von Menschen noch übrigblieben. Dieser Restkuchen bestimmt die Sozialpolitik.

Und wir haben uns schon so an diese Aufteilung der Befriedigung von Interessen durch die Politik gewöhnt, daß wir tatsächlich in Bereichen des Gesundheitswesens, im Bereich der Jugendzentren, im Bereich der Gleichstellung von Frauen zu Männern, also in elementaren Bereichen des Lebens der meisten Bürger von "Randgruppen" sprechen. Das Nürnberger "KOM", die Berliner Auseinandersetzung um leerstehende Häuser, Konflikte im Bereich des Umweltschutzes, Demonstranten gegen eine alle Bürger gefährdende Kernenergiepolitik,



ja selbst der Friedenswille der Bürger wird durch Politiker und durch Medien zum Problem von "Randgruppen".

Ich soll hier das Verhältnis der SPD zu "Randgruppen" untersuchen. Aber sicher wird niemand damit das Verhältnis der SPD zum Aufsichtsrat der HEW, oder zur Geschäftsführung des HANOMAG-Konzerns gemeint haben: Im wahrsten Sinne des Wortes Gruppen von Menschen, die nur am Rande von den Auswirkungen der weltwirtschaftlichen Umwälzungen und Krisen betroffen sind. Randgruppen. Was gemeint ist, ist sicherlich das Verhältnis der SPD zu den sich immer lauter artikulierenden Wortführern jener ganz und gar nicht am Rand stehenden Gruppe von Menschen, die sich ohne Kapital durchs Leben schlagen müssen und ihre Lohnsteuerkarten nicht manipulieren können. Also eigentlich die Menschen, die der Sozialdemokratie am Nächsten stehen müssten. Und das ist wohl das Thema: Die spürbare Entfernung der Menschen von einer Organisation, die immer noch angetreten ist, die Interessen der Menschen gegenüber dem Kapital zu vertreten.

Auch als Volkspartei, als die wir uns seit dem Godesberger Parteitag 1959 definieren. Die Öffnung der SPD für alle Schichten des Volkes, der Versuch, den Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit nicht nur in Industriebereichen aufzuarbeiten und politisch umzusetzen - der letztlich zur Regierungsverantwortung geführt hat - diese Strategie zwingt uns geradezu, die Politik der Integration von Gruppeninteressen fortzusetzen. Denn die SPD ist längst zu einem Sammelbecken gesellschaftlicher Strömungen geworden, das auf der Grundlage ökonomischer Wertvorstellungen innerparteilich schwergewichtige neue Zielwerte für das politische Handeln in sich aufgesogen hat. Liberalität, sicher auch ein traditioneller Wertbegriff der Sozialdemokratie, definiert sich heute wesentlich umfassender als zu Zeiten, wo Staatsform und Arbeitsrecht noch mit dem kleinen Einmaleins der Demokratie bedient werden mußten. Das am Ende etwas zu groß geratene Schlagwort Willy Brandt's vom "Mehr Demokratie wagen" hat sich im Bewußtsein vieler gesellschaftlicher Bereiche verselbständigt, ist an Schulen, Universitäten, im Kunstbetrieb, in sozialen Bereichen und Organisationen bis hin zu den Kirchen auch ohne Verordnungen des Staates oder unserer Parteiführung weiterentwickelt worden, zur Selbstverständlichkeit geworden. Und es muß schwer verständlich für die Betroffenen sein, Widersprüche hervorrufen und auch in der Sozialdemokratie selbst zu Konflikten führen, wenn ausgerechnet von Sozialdemokraten aus welchen Regierungszwängen auch immer Bremsklötze für solche Entwicklungen politisch gesetzt werden. Hier haben wir aber bereits einen Grund für die eingangs geschilderte Entfremdung zwischen denen, die einmal Hoffnungen auf die Sozialdemokratie gesetzt haben, und jenen Sozialdemokraten, die in der Regierungsverantwortung sehr handfest auf Machtstrukturen in dieser Gesellschaft gestoßen sind, von denen auf Parteitag zu selten die Rede war.

Der zweite neue Zielwert, der sich in den letzten Jahren sehr konkret in der Sozialdemokratie entwickelt hat, und der sich unter dem Schlagwort vom "humanen Wachstum" bis zu der Forderung nach "dem blauen Himmel über der Ruhr" mit den ökologischen Bedingungen der Menschen befaßt, ist in doppelter Hinsicht eine Herausforderung für die SPD. Einmal ist ein weltweites Bewußtsein für saubere Luft und sauberes Wasser und saubere Erde relativ neu und zum zweiten sind wirksame politische Wege zur Korrektur im Umweltschutzbereich selten durchführbar, ohne Korrekturen an den bisherigen politischen Wegen im Bereich der Ökonomie. Eine Politik zu organisieren, die zugleich Arbeit sichert und die Umweltbedingungen zumindest nicht verschlechtert, ohne die Gewerkschaften und die Ökologie-Bewegung aufeinanderzuhetzen: das ist die Herausforderung für die Sozialdemokratie. Und das viel diskutierte "Löwenthal-Papier" ist nicht mehr und nicht weniger, als der wissenschaftlich verbrämte Versuch, sich aus dieser Herausforderung herauszustehlen.

Im Zusammenhang mit der Leitsätze-Diskussion der SPD Schleswig-Holstein habe ich die Partei aufgefordert, Zusammenhänge und Argumentationslinien anzubieten, die über das hinausgehen, was wir an täglichen Begründungen, Rechtfertigungen und Klarstellungen für unsere Politik zu geben gewohnt sind:

- Daß zum Beispiel Friedenspolitik scheitern muß, wenn sie sich auf das Abzählen der Panzer, Raketen und Soldaten beider Seiten beschränkt. Daß sie scheitern muß, wenn wir unseren Blickwinkel auf den Ost-West-Konflikt einengen und die Nord-Süd-Problematik als ein Thema für theoretische Zirkel betrachten, das angeblich nichts mit Frieden zu tun hat.



- Daß unsere Arbeit auch dann scheitern muß, wenn es uns nicht gelingt, den jüngeren Menschen Perspektiven einer menschenwürdigen Zukunft aufzuzeigen und den älteren Menschen trotz der vielen schlechten Erfahrungen neuen Mut zu einem Engagement für diese Gesellschaft zu geben, das über die Wohlfahrtslotterie hinausgeht und unseren Vorstellungen von der Selbstverwirklichung des Menschen näherkommt.

Diese Diskussion zu führen, in der Bevölkerung ein neues Bewußtsein zu organisieren, erscheint mir dringend notwendig angesichts der Tatsache, daß die SPD dabei ist, in vielen Politikbereichen das Feld jenen Gruppen und Bürgerinitiativen zu überlassen, die ungebundener, frischer, freier und häufig auch fantasievoller an die Problemstellungen unserer Gesellschaft herangehen. Sie als Randgruppen zu bezeichnen kann zu einem historischen Fehler der Sozialdemokratie werden.

Schon heute erscheint mir die Zahl der engagierten Bürger, die teils unorganisiert, aber auf jeden Fall ohne Partei für viele Bereiche unseres Gemeinwesens Verantwortung fühlen und übernehmen, größer als die Mitgliederkartellen von CDU, SPD und FDP. Was antworten wir, wenn jemand darauf kommt und uns deswegen als Randgruppe tituliert?

Diese Entwicklung zwingt uns, unsere traditionellen Denkmuster zu überprüfen. Ich bin zum Beispiel gar nicht sicher, daß wir unter ausschließlichen Hinweis auf das, was wir Arbeiterbewegung nennen, Fundament und Basis unserer Politik richtig definieren. Wenn wir auch nach wie vor die Arbeitnehmer und ihre soziale Sicherheit in den Mittelpunkt unserer Politik stellen, dann gehören mindestens die Ökologiebewegung und die Friedensbewegung gleichgewichtig dazu. Nicht nur, weil diese Bewegungen zahlenmäßig so groß geworden sind, sondern vor allem, weil ein inhaltlicher Zusammenhang zwischen Frieden, Umweltbedingungen und Arbeit besteht. Es wäre deshalb nicht nur ein taktischer Fehler, sondern eine verhängnisvolle und zukunftsverbauende Entwicklung, wenn sich Sozialdemokraten zu Spaltpilzen dieser Bewegung machen ließen. Ansätze dazu hat es auf allen Seiten gegeben und gibt es in der praktischen Politik leider immer wieder.

Ich meine, die politische Argumentation, mit der man gelegentlich so tut, als handle es sich bei der Ökologie- und der Friedensbewegung um eine Modeerscheinung von ein paar gelangweilten Bildungsbürgern. Hier muß die Forderung der Partei stehen, ernsthafter als bisher darüber nachzudenken, ob es auf Dauer gutgehen kann, an diesen Bewegungen vorbei und gegen sie eine Politik durchzusetzen, die bestimmte Probleme einfach negiert.

Der Parteitag in München hat meines Erachtens neue Chancen eröffnet. Wir müssen sie wahrnehmen und mit den Beschlüssen ehrlich und angemessen umgehen. Einerseits sind Beschlüsse Grundlage für Partei- und Regierungsarbeit und binden Sozialdemokraten nach den Grundsätzen der innerparteilichen Demokratie. Andererseits sind Beschlüsse Momentaufnahmen und Bausteine auf dem Weg zu den Zielen des demokratischen Sozialismus und zur Erfüllung unserer Grundwertvorstellungen in der Linie, wie wir sie im Godesberger Programm geprägt haben. Bei all unseren Entscheidungen ist die Idealvorstellung: sozialdemokratische Politik als Ganzes zu realisieren. Solange wir auf Koalitionspolitik angewiesen sind, ist der Kompromiß unser Tagesgeschäft. Allerdings mit Eckpfeilern und Grenzlinien; denn es gibt nicht nur Regierungseinfluß zu verlieren. Der Verlust der Politikfähigkeit der SPD wäre für die Entwicklung dieser Gesellschaft mindestens ebenso bedrückend, weil damit nicht nur Regierungsämter und Handlungsspielräume verlorengingen, sondern die noch immer größte politische Organisation der deutschen Linken, die seit über 100 Jahren in dieser Republik für Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität eingestanden ist, als sie nicht auf Regierungsbänken saß, sich für unabsehbare Zeit aus dem politischen Einfluß abmelden würde. (-/11.5.1982/ks/hgs)

+ + +

